

(Abg. Dr. Roth.)

(A) nungsfürsorge. Meine Herren! Diejenigen, die die Wohnungsnot in den kleinen Städten kennen gelernt haben, werden dies als eine segensreiche Einrichtung erkennen, die in volkswirtschaftlicher und finanzieller Beziehung ihre guten Früchte tragen wird. Nicht minder, meine Herren, ist die Einstellung von 50 000 M. zur Gewährung von zinslosen Vorschüssen an den Landespensionsverband Sächsischer Gemeinden mit besonderem Danke zu begrüßen. Denn nur hierdurch wird es dem jungen Verbandsmitgliedern möglich, seine Aufgaben zu erfüllen zum Segen der Beamten und zur Erleichterung der Gemeinden.

Schon bei der Beratung des Etats über die vorige Finanzperiode habe ich ausführlich dargelegt, wie traurig die Anstellungsverhältnisse der Aspiranten im Eisenbahndienste sind, und daß allein die Schaffung neuer Assistentenstellen diesem Übelstande abhelfen könne. Erfreulicherweise hat sich die Königl. Staatsregierung bereit finden lassen, diesen Weg zu betreten und 185 Assistentenstellen, künftig wegfallend, zu begründen. Der Herr Abg. Hettner hat an dem transitorischen Charakter dieser 185 Assistentenstellen Anstoß genommen. Aber, meine Herren, daran nehme ich keinen Anstoß, denn auf die Aufrückungsverhältnisse der betreffenden Beamten hat das ja gar keinen Einfluß, und mit der Beseitigung dieser Kalamität, die doch allmählich schwinden wird, schwindet auch die Ursache zur Begründung dieser Beamtenstellen, und sie können daher alsdann wieder wegfallen.

Meine Herren! Die Tatsache, daß eine ganze Anzahl von Beamten- und Dienstleistungen noch durch diätarisch Angestellte besorgt wird, besteht leider immer noch, und zwar hauptsächlich in der Eisenbahnverwaltung. Ganz besonders aber möchte ich das Institut der Privatexpedienten bei den Bezirkssteuerinspektionen beseitigt wissen. Das ist absolut nicht mehr zeitgemäß. So ist bei der Bezirkssteuerinspektion Rochlitz ein Diätist angestellt, der seit 1904 dort tätig ist. Er ist 26 Jahre alt und hat das Einjährig-Freiwilligen-Examen mit Note I absolviert; dieser bezieht jetzt eine Remuneration von 1000 M. jährlich und hat diese Diäten vielleicht noch 8 oder 9 Jahre lang, bis er vom Staate übernommen wird. Ein weiterer Privatexpedient dortselbst, der ebenfalls das Einjährig-Freiwilligen-Examen abgelegt hat, bezieht auch täglich 2,75 M. Diäten. Solche Verhältnisse sind eines geordneten Staatswesens unwürdig und schaffen dem Steuerwesen keinen entsprechenden Nachwuchs. Dem Übelstande wäre am besten dadurch abzuwehren, daß die Privatstellen in Staatsstellen umgewandelt würden,

und ich möchte die Königl. Staatsregierung dringend bitten, doch diesen Weg zu beschreiten.

Begrüßt haben wir die Erhöhung der Staatsbeihilfen an Schulgemeinden um 60 000 M. Denn darüber kann kein Zweifel obwalten, daß es sehr viele Gemeinden gibt, die die sich immer mehr steigenden Schullasten nicht mehr tragen können. Ich möchte, meine Herren, nur an eine Schulgemeinde erinnern, an die Schulgemeinde Herrenhaide. Diese hatte im Jahre 1908 einen Schulhausbau auszuführen. Sie wollte ursprünglich 45 000 M. dafür aufwenden, und das wäre für ihre Vermögenslage überreichlich gewesen; denn diese Gemeinde setzt sich zumeist aus Arbeitern zusammen, die in dem benachbarten Chemnitz, Göppersdorf und Hartmannsdorf ihre Beschäftigung finden. Der Durchschnittsatz des Einkommens dieser Gemeinde beträgt 878 M., ein einziger Höchststeuerter ist vorhanden, der ein Einkommen von 4100 M. hat. Sie sehen also, daß es sich um eine Gemeinde handelt, die ganz und gar nicht imstande ist, ihre Schullasten zu bestreiten. Als diese Gemeinde 45 000 M. für ihren Schulhausbau ausgeben wollte, da hat die Schulbehörde darauf gedrungen, daß die Lehrerwohnung als ein Teil für sich gebaut würde, und dadurch kam der Bau auf 67 000 M. (D)

(Hört, hört!)

Meine Herren! Interessant ist es, wie die Gemeinde diese Schulbaukosten trägt. Sie hat ein Annuitätendarlehen von 30 000 M. aufnehmen müssen, dann 20 000 M. zu 4½ Prozent vom Landwirtschaftlichen Kreditverein, und dann hat die Staatsregierung zweimal einen Beitrag von 3600 M. bez. 8000 M. gewährt. Das sind also etwa 61 000 M. Außerdem hat sie noch 7000 M. vom Erlös aus dem Verkaufe des alten Schulhauses zur Verfügung gehabt. Nun kann sie nicht einmal den Baumeister, der das Haus gebaut hat, bezahlen; sie ist ihm noch etwa 5000 M. schuldig. Außerdem ist zu diesem Schulhausbau noch ein kleines Privatdarlehen von 1800 M. aufgenommen worden. Diese Gemeinde möchte ich ganz besonders dem Wohlwollen der Königl. Staatsregierung empfehlen, um so mehr, als sie ursprünglich den Bau nicht so luxuriös hat ausführen wollen. Aber jedenfalls wüßte ich nicht, wie diese Gemeinde die Kosten der hohen Darlehenszinsen aufbringen sollte. Es würde hier vielleicht die Form eines zinslosen Darlehens das Geeignete sein oder ein Darlehen zu einem geringen Zinsfuß, damit wenigstens die Hypothek des Landwirtschaftlichen Kreditvereins abgestoßen werden könnte.